

# Adorfer Grenzboten



Der Adorfer Grenzboten gelangt jeden Wochentag zur Ausgabe, für den nächsten Tag vordatiert. — Anzeigen nach Tarif. — Postfach-Konto 37 369 Leipzig. — Fernruf Nr. 14. Gegr. 1835

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Delsnik i. Vogtl., des Amtsgerichts, der Anwaltschaft und des Stadtrates zu Adorf im Vogtland

## Tageblatt u. Anzeiger

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder sonstige Störung des Betriebes) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückgabe des Bezugspreises.

für Adorf (Vogtl.), Bad Elster, Bad Brambach, Arnsgrün, Breitenfeld, Bergen, Freiberg, Ober- u. Untergottengrün, Hermsgrün, Jugelsburg, Leubetha, Mühlhausen, Rebersreuth, Remtengrün, Schönberg, Siebenbrunn, Sohl, Wohlbach u. das übr. obere Vogtl.

Sonntags eine illustrierte Unterhaltungsbeilage

Druck und Verlag: Otto Meyer, Adorf (Vogtl.), Bergstraße 14. — Verantwortlicher Schriftleiter: Otto Meyer, Adorf (Vogtl.)

Nr. 13

Mittwoch, den 16. Januar 1929

95. Jahrg.

### Was gibt es Neues?

— Reichspräsident von Hindenburg nahm am Montag den Vortrag des Reichsernährungsministers Dr. Dietrich entgegen. Er empfing ferner den deutschen Gesandten in Kopenhagen, von Hassel.

— Das Reichskabinett trat am Montag nachmittag unter dem Vorsitz des von seinem Urlaub zurückgekehrten Reichskanzlers Müller zu einer Sitzung zusammen, in der der Reichshaushalt 1929 zur Verhandlung stand.

— Der neue Sippische Landtag wird voraussichtlich am 24. Januar zu seiner ersten Sitzung zusammentreten.

— Die Juniung des Völkerbundesrats wird voraussichtlich in Madrid stattfinden.

— Bei den Erbschaftswahlen in Altirch und Kolmar erzielten die Autonomisten neue Erfolge.

— Die geplante Deutsche Bauausstellung auf dem Messegelände der Stadt Berlin ist auf 1931 vertagt worden.

— Die Zahl der Grippeopfer in Amerika beträgt über 26 000.

### Morgan-Rot am Dawes-Himmel?

Das lange Rätselraten wegen der amerikanischen Sachverständigen hat eine überraschende Lösung gefunden. Neben Owen Young, der schon seit längerer Zeit als Hauptdelegierter genannt wurde, ist als zweiter Sachverständiger Pierpont Morgan aussersehen worden, während als Stellvertreter für beide Perkins genannt wird. Ueberraschend kommt diese Entscheidung, deshalb, weil der Name Morgans bisher noch niemals in diesem Zusammenhang genannt worden war; überraschend aber auch, weil jenen erst gemeldet worden war, daß sich die amerikanischen Bankiers gegen die Mobilisation der deutschen Reparationsbonds ausgesprochen hätten. Die Berufung Morgans als Sachverständiger kann aber nur so gedeutet werden, daß gerade diese Frage in den Vordergrund geschoben werden soll, und nur um sie im negativen Sinne zu lösen, würde sich wohl Pierpont Morgan nicht bereit erklärt haben, das Amt als Sachverständiger anzunehmen.

In New Yorker Finanzkreisen glaubt man denn auch, daß bereits feste Pläne vorliegen, wonach die deutschen Bonds in den verschiedenen Ländern entsprechend ihrer Aufnahmefähigkeit aufgelegt werden sollen. Man betont, Morgans Beteiligung an dieser Zuteilung würde nicht nur wegen seines persönlichen Ansehens, sondern auch wegen der Beziehungen seines Bankhauses zu Paris, London und anderen Finanzzentren äußerst wertvoll sein. Es würden nicht nur alle Quellen der Morgan-Bank zur Beschleunigung des Bondsverkaufs mobilisiert werden, sondern Morgans enge Verbindung mit der Transaktion würde auch den bestmöglichen Markt für die Obligationen gewährleisten.

Deutscherseits wird man trotzdem gut tun, diesem Morgan-Rot am Reparationshimmel nicht allzu sehr zu trauen. Für uns kann die Kommerzialisierung der Reparationsbonds niemals Selbstzweck sein, sondern höchstens der Preis, den wir für ganz bestimmte Zugeständnisse bezüglich der Höhe der Reparationsleistungen zur Not zahlen könnten. Nicht wir fordern die Kommerzialisierung, sondern unsere Gläubiger. Es ist daher an ihnen, uns entsprechende Gegenleistungen zu bieten. Wie die jüngste Kammerrede Poincarés wieder gezeigt hat, besteht aber dazu in Frankreich nicht die geringste Neigung, und in den anderen Ländern steht es genau so aus.

Die amerikanischen Bankiers dürften allerdings klug genug sein, sich auf die Kommerzialisierung nicht einzulassen, wenn nicht durch die Festsetzung der Reparationszahlungen auf ein erträgliches Maß eine gewisse Sicherheit dafür geschaffen wird, daß die deutsche Wirtschaft nicht in Unordnung gerät. Sonst ist eines Tages der große Krach unvermeidlich, in den dann auch die kommerzialisierten Reparationsbonds mit hineingezogen werden müßten. Ob es aber den Banken bis dahin möglich gewesen sein wird, die Bonds reiflos dem Publikum aufzubieten, ist zum mindesten fraglich, und zwar um so fraglicher, je höher der Betrag der mobilisierten Bonds ist und je unsicherer die Wirtschaftslage Deutschlands dem Publikum erscheinen muß. Zu einem Deutschland, dessen Wirtschaft infolge überspannter Reparationszahlungen zusammenzubrechen droht, hat niemand Vertrauen, die Bonds würden in den Tresors der Banken liegen bleiben, weil kein Mensch sie haben will, ihr Kurs würde von Tag zu Tag sinken, und den Schanden würden die Banken haben.

Die Kernfrage bleibt daher immer wieder nicht nur für uns, sondern auch für die kühl rechnenden Bankiers die Festsetzung der Reparationszahlungen auf ein erträgliches Maß. Man kann die Summe, die

## Die „steuerlose“ Reichsregierung.

### Der Streit um die Steuern und die Koalitionsfrage.

Reichskanzler Müller ist von seinem Urlaub zurückgekehrt, und man darf erwarten, daß nunmehr in Kürze in der Koalitionsfrage, wenn auch keine Lösung, so doch eine Klärung erfolgt. Es muß sich im Laufe der nächsten Tage und Wochen zeigen, ob eine Lösung der Koalitionsfrage zur Zeit überhaupt möglich ist. Ein Prüffstein hierfür ist die Frage des Reichshaushalts, mit der sich das Reichskabinett bereits in einer am Montag nachmittag abgehaltenen Sitzung beschäftigt hat.

Da der neue Reichshaushalt einen Brutto-Zehlbetrag von 750 Millionen aufweist, der sich durch Abstriche allein nicht aus der Welt schaffen läßt, so muß sich die künftige Regierung, wie sie auch aussehen mag, wohl oder übel mit der Steuerfrage auseinandersetzen. Nur wenn sich das Reichskabinett über diese Frage einigen kann, haben Koalitionsverhandlungen Aussicht auf Erfolg.

Da die Aussicht auf eine Einigung über die neuen Steuerentwürfe sehr gering eingeschätzt wird, ist auch schon der Gedanke aufgetaucht, daß die Regierung in ihrer jetzigen Form zunächst den Versuch machen soll, sich mit wechselnden Mehrheiten vorerst die erforderlichen Steuern bewilligen zu lassen, um dann erst an die Lösung der großen Koalition heranzugehen. Der Erfolg einer solchen Taktik erscheint allerdings sehr ungewiß. Nach maßgeblichen Meinungen aus dem deutschnationalen Lager besteht bei den Deutschnationalen wenig Neigung, das Spiel mit den wechselnden Mehrheiten mitzumachen. Man muß also mit der Möglichkeit rechnen, daß die Rechte Gewehr bei Fuß dem Streit der Regierungsparteien um die Steuern zusieht. Es könnte aber auch leicht kommen, daß schließlich alle Steuerentwürfe abgelehnt werden.

Aber auch wenn die Taktik mit den wechselnden Mehrheiten den Erfolg haben sollte, daß die zur

Balancierung des Haushalts erforderlichen Steuern bewilligt werden, so dürfte die durch die Steuerfrage zwischen den Parteien erzeugte Spannung nicht gerade zur Erleichterung der Koalitionsverhandlungen beitragen. Auf der am Sonntag in Münster abgehaltenen

### Tagung des Provinzialausschusses des westfälischen Zentrums

hat der Reichstagsabgeordnete Prälat Dr. Schreiber erneut betont, daß das Zentrum seine Teilnahme an einer Koalitionsregierung von einem Mindestprogramm abhängig machen müsse, weil nur dann eine Regierung Stoßkraft besitzen könne.

Eine Kabinettspolitik — so führte Dr. Schreiber weiter aus — dürfe sich nicht dahin entwickeln, daß eine der beteiligten Parteien einseitig die Macht an sich reiße. Auch hier gebe es ungeschriebene Gesetze einer parlamentarischen Gleichgewichtslehre. Politische Strömungen unseres Landes dürften in ihrer Tragweite und Schwere nicht bloß nach Mehrheits- und Minderheitsbestimmungen angesehen werden, sondern auch mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung des Landes, die sich immer wieder neu orientiere.

Wenn der jeweilige Finanzminister seine Politik klarlegen wolle, so könne er das, wenn er den Mut habe, die scharfen Bestimmungen der vor einigen Jahren geschaffenen Reichshaushaltsordnung in aller Strenge anzuwenden. Ein Reichsfinanzminister müsse unter allen Umständen auch den Mut aufbringen, zu gehen. Das Zentrum müsse in die nächsten politischen Verhandlungen mit dem ganzen Gewicht einer geschlossenen Partei eintreten.

Die Tagung nahm einmütig eine entschiedene Haltung in der Konfordsatzfrage ein, die sie unter allen Umständen für die nächste Zeit von den maßgebenden parlamentarischen Körperschaften im Interesse der Belange des katholischen Volkes hergestellt wissen will.

Deutschland zu zahlen hat, nicht danach berechnen, was die anderen haben wollen, sondern nur nach der deutschen Zahlungsfähigkeit. Die ganzen Vorverhandlungen zu der Sachverständigenkonferenz haben aber gezeigt, daß unsere Verhandlungspartner entschlossen sind, nur von dem Geldbedarf ihres eignen Landes auszugehen. Die Gesamtsumme der von den einzelnen Ländern gestellten Forderungen würde dann die Gesamtsumme der deutschen Zahlungen ergeben. Das ist gewiß eine sehr einfache Methode, aber leider eine Nihilismädchen-Rechnung.

### Morgans Mission.

Was die amerikanischen Bankiers von ihm erwarten.

In New York glaubt man, daß Barter Gilbert Morgan als Sachverständigen vorgeschlagen habe. Bekanntlich steht Gilbert der Morgan-Bank sehr nahe, und man sprach schon davon, er werde nach seinem Rücktritt als Reparationsagent einen leitenden Posten bei Morgan übernehmen. Man ist in New Yorker Finanzkreisen der Ansicht, daß das Ansehen Morgans ausgleichend auf die Meinungsverschiedenheiten des Sachverständigenausschusses wirken wird. Die amerikanischen Bankiers haben stärkstes Interesse daran, daß ein Mann wie Morgan den Standpunkt der amerikanischen Finanzmänner bezüglich der Frage der Reparationsbonds klarmache.

Morgan werde im Sachverständigenausschuss zum Ausdruck bringen, daß die amerikanischen Bankiers es für die nächste Zeit nicht praktisch und nicht wünschenswert halten, Reparationsbonds in Amerika zu verkaufen. Morgan werde, so verlautet weiter, außerdem verlangen, daß die Höhe der deutschen Jahreszahlungen sowie die Dauer dieser Zahlungen festgesetzt werde, damit die Ungewißheit beseitigt sei, die der Unterbringung deutscher Reparationen in Amerika entgegenstehe.

Reparationsbonds könnten nicht auf dem amerikanischen Markt untergebracht werden, bevor nicht die Reparationszahlungen mit anschließendem Transfer einige Jahre weiter durchgeführt seien und dadurch das notwendige Vertrauen in die Stabilität der Durchführung der Reparationszahlungen hergestellt sei. Die Daves-Sachverständigen hätten selbst erklärt, daß es die Erfahrung lehre, wie weit die Aufhebung des Transferschutzes möglich sei, ohne die deutsche Währung zu gefährden.

John Pierpont Morgan, jetzt 61-jährig, übernahm 1913 nach seines gleichnamigen Vaters Tode das von diesem begründete riesige Bankhaus in New York und den Vorsitz zahlreicher großer wirtschaftlicher Gesellschaften. Insbesondere zu Frankreich hat er starke geschäftliche Beziehungen unterhalten. Er finanzierte im Kriege große französische Anleihen und unterstützte Frankreich nach dem Kriege in der kritischsten Zeit der Frankfurter Währung.

### Neuer Autonomistenfieg.

In Altirch der Autonomist Stuermer gewählt, in Kolmar kommt Haug in sichere Stichwahl.

Wie zu erwarten war, haben die Erbschaftswahlen in Altirch und Kolmar für Nikkin und Koffe den Autonomisten neue Erfolge gebracht, und zwar im ersteren Wahlkreis einen glatten Sieg, im zweiten eine günstige Stichwahl.

In Altirch wurde der autonomistische Kandidat Stuermer mit 7144 Stimmen gewählt gegen den unabhängigen Kandidaten und früheren Abgeordneten Silbermann mit 3650 Stimmen. In Kolmar erhielt der Autonomist Haug 8690 Stimmen. Seine Gegner blieben weit hinter ihm zurück. Der Nationalkatholik Hauser erhielt 4539 Stimmen, der Sozialist Richard 3589, der Kommunist Märzschel 2835. So wird Haug am nächsten Sonntag mit Sicherheit als Platzhalter für Professor Koffe gewählt werden.

Das Wahlergebnis zeigt in beiden Wahlkreisen eine Zunahme der autonomistischen Stimmen.

### Das Recht des Siegers.

Polnische Uebergriffe gegen einen holländischen Diplomaten.

Ein peinlicher Zwischenfall ereignete sich am Sonntag bei der Kontrolle des D-Zuges, der von Polen kommend über Marienburg nach Deutschland fährt. Ein holländischer Diplomat, der mit diesem Zuge reiste, wurde von Beamten der polnischen Staatspolizei angehalten, weil ihm das polnische Visum fehlte. Alle Einwendungen und sein Hinweis, daß der Visumzwang zwischen Holland und Polen aufgehoben sei, waren vergeblich. Er mußte den Zug verlassen und sollte mit dem nächsten Zug nach Marienburg zurückkehren. Auch der Aufenthalt im Wartesaal wurde ihm verweigert.